

**Erklärung
von innovations- und transferorientierten Verbänden
zur
Stärkung der Basis kleiner und mittlerer
technologie- und wissensbasierter Unternehmen
für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland**

Der richtige Weg ist eingeschlagen

Die Bundesregierung hat sich mehrfach zum Dreiklang von Investieren – Sanieren – Reformieren bekannt. Da Innovation und Investitionen der Schlüssel zu mehr Wachstum und Beschäftigung sind, will die Bundesregierung hier einen besonderen Schwerpunkt setzen. Dazu sollen auch Impulse auf dem Gebiet der Förderung von Forschung und Entwicklung gehören. Mit dem vorgelegten Haushaltplanentwurf 2006 bis 2009 werden wichtige Eckpfeiler für die Umsetzung dieser Ziele gesetzt.

Die Bundeskanzlerin A. Merkel hatte bereits auf dem Handwerkstag in Düsseldorf am 25. November 2005 u. a. ausgeführt:

„Forschung und Innovation – ich sage das ausdrücklich – muss auch den kleinen und mittleren Betrieben zugute kommen. Das ... muss Forschung sein, die in den Betrieben stattfindet. Wir wissen ja, dass die kleineren Unternehmen hierbei oft weniger Möglichkeiten haben, als das bei den größeren der Fall ist. Diese Innovation soll deutlich befördert werden durch Bürokratieabbau, ..., aber eben auch durch Möglichkeiten der Forschungsförderung.“

Wir - die Unterzeichner – begrüßen diese Aussage und die Bemühungen der Bundesregierung. Die Lage des innovativen Mittelstandes in Deutschland als auch die der öffentlichen Haushalte ist besorgniserregend. Es ist deshalb kein Widerspruch zum eingeleiteten Weg, wenn weitere konkrete Maßnahmen zur Stärkung der mittelständischen Strukturen und deren schnelle Umsetzung gefordert werden.

Unsere Erklärung stützt sich darauf, dass

- Wachstum und Beschäftigung in einem Hochlohnland wie Deutschland vorwiegend von den Zukunftsbranchen mit vielen technologie- und wissensbasierten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ausgehen, deren Situation besonders in strukturschwachen Regionen sehr kompliziert ist;
- die FuE-Potenziale im Wirtschaftssektor in Deutschland von 2001 bis 2003 nach Angaben des Stifterverbandes um über 3 Prozent – in Westdeutschland um 1 Prozent, in Ostdeutschland um 18 Prozent – gesunken sind. Diese Entwicklung hat sich 2004 fortgesetzt;
- das Ziel, ab 2010 jährlich 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung zu investieren, mit dem bisherigen Haushaltplanansatz nicht erreicht wird;
- endlich Schluss gemacht werden muss mit der verbreiteten Auffassung, dass Förderung von Forschung und Innovationen durch das BMWi Subventionierungen sind. Vielmehr muss das Bewusstsein in Politik, in Großunternehmen und vielen Bereichen der Wirtschaftswissenschaft erzeugt werden, dass Förderung von Forschung und Innovation sowohl vom BMBF als auch vom BMWi „Investitionen in die Zukunft“ sind und die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren technologie- und wissensbasierten Unternehmen stärkt;
- die kleinen und mittleren Unternehmen in ihrer Forschungs- und Entwicklungsarbeit einen zuverlässigen Planungshorizont (ohne Haushaltssperren, vorläufige Haushaltsführung und globale Minderausgaben) benötigen, um notwendige Produkt- und Verfahrensentwicklungen zeitlich sicher vorbereiten und durchführen zu können;

- die deutschen technologie- und wissensbasierten KMU gegenüber Großunternehmen und den öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen im internationalen Wettbewerb erhebliche personelle und finanzielle Nachteile haben;
- gerade die Forschung in wachstumsstarken High-Tech-Branchen – wie z.B. IuK- Technologien und Biotechnologien – außerordentlich kapitalintensiv ist. Sie ist für die KMU wegen mangelnder Sicherheiten und zu hohen Ertragsforderungen der Beteiligungsgesellschaften nicht allein aus dem Kapitalmarkt finanzierbar.

Zehn Punkte zur Stärkung der Basis technologie- und wissensbasierter kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in Deutschland

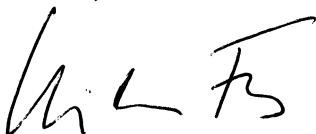
Wir erachten Folgendes für erforderlich:

1. Die politische und wirtschaftliche Einordnung der technologieorientierten und wissensbasierten kleinen und mittleren Unternehmen muss aufgewertet werden. Der Mittelstand schafft über sein Innovationspotenzial die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze.
2. Deutschlands technologische Leistungsfähigkeit beruht zu einem entscheidenden Anteil auf der Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen. Dieser Tatsache muss die Forschungspolitik der Bundesregierung angepasst werden.
Der Dominanz der politischen und wirtschaftlichen Lobby der Großunternehmen und der Großforschungseinrichtungen muss eine Aufwertung der technologie- und wissensbasierten KMU entgegengesetzt werden.
So sehen wir in der „Genshagener Erklärung“ vom 10.01.2006 eine Gefahr der Fehlleitung öffentlicher Mittel in Bereiche, die nicht schnell zu einer Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes führen.
In der unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ausarbeitenden „High-Tech-Strategie Deutschland“ müssen die Chancen des innovativen Mittelstands bedeutend stärker als bisher ihren Niederschlag finden.
3. Die technologie- und wissensbasierten KMU müssen in Deutschland ein stärkeres politisches Gewicht erhalten. Dazu ist es wichtig, dass die bestehenden Interessenvertretungen innovativer Unternehmen ihr Handeln koordinieren bzw. bündeln;
4. Durch gezielte Förderung entsprechend international vergleichbaren Aktivitäten muss eine bedeutend größere Anzahl von Unternehmensgründungen erfolgen. Dazu sind effektive und unbürokratisch handhabbare Programme aufzulegen. Ein entscheidender Faktor dabei ist, ein optimistisches Unternehmensgründungsklima in den Forschungseinrichtungen, innovativen Unternehmen sowie Universitäten und Hochschulen zu schaffen. Es gilt Anreize zu schaffen, aus hervorragenden Forschungsergebnissen Produktinnovationen zu generieren und in Deutschland zu realisieren.
5. Gleichzeitig ist – wie im Koalitionsvertrag vereinbart - einer stärkeren Vernetzung von innovativen Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen größere Aufmerksamkeit zu schenken. Dies sichert Wissens- und Technologietransfer und führt zu wirkungsvollerer und schnellerer Nutzung wissenschaftlicher Ergebnisse in der Wirtschaft. Dafür ist die Verbund- und Projektförderung sowie die Transferförderung wesentlich zu erhöhen.
6. Die Mittel der KMU-Förderprogramme des Bundes sind ab 2007 jährlich um jährlich 5 bis 10 Prozent zu erhöhen. Das betrifft solche auf die Belange der KMU gerichteten BMWI- und BMWF- Programme wie PROINNO, Industrielle Gemeinschaftsforschung, INNOWATT, NEMO, INNOMAN sowie Fachprogramme.

7. FuE-Förderprogramme für KMU müssen künftig von Mittelkürzungen, Haushaltssperren und globalen Minderausgaben ausgenommen sein. Derartige Maßnahmen führen zum Rückgang des Industrieforschungspotenzials, zum Abbau von Forschungskapazität und zu Abwanderung von Fachkräften.
8. Für alle am Industrieforschungsmarkt agierenden Unternehmen, Forschungs- und Transfereinrichtungen müssen die Grundsätze eines gleichberechtigten Wettbewerbs gelten. Dies muss sich auch in den zuwendungsfähigen Forschungskosten widerspiegeln. Industrieforschungseinrichtungen müssen dabei ebenso wie Einrichtungen der angewandten Forschung eine Vorlaufforschung zur Erhaltung ihrer Kompetenz und Akzeptanz realisieren können. Eine strikte Trennung von Grundlagenforschung und Industrieforschung ist überholt. Diese beiden Elemente der Forschungsdurchführung treten heute in verschiedener Wichtigkeit in allen Forschungseinrichtungen und Forschung betreibenden Unternehmen auf.
9. Die Förderpolitik in den strukturschwachen Regionen ist verstärkt auf die Mobilisierung der endogenen Potenziale zu konzentrieren. Neben der Weiterführung der effizient laufenden Förderprogramme ist auch die stärkere Förderung der Beschäftigung von FuE-Personal, wie Absolventen von Universitäten, in diesen Regionen aufzunehmen.
10. Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sind verstärkt auf die praktischen Bedürfnisse der Wirtschaft zu richten. Dabei ist insbesondere der gesellschaftliche Stellenwert der ingenieurwissenschaftlichen Ausbildung zu erhöhen. Frühzeitig müssen Auszubildende auf die Vorteile und spezifischen Bedingungen kleiner und mittlerer Unternehmen (Flexibilität, Breite des Aufgabengebietes, schnellere Aufstiegsmöglichkeiten usw.) orientiert werden.

Die Unterzeichnenden sind Interessenvertreter innovativer technologie- und transferorientierter KMU sowie mittelständischer Forschungseinrichtungen. Sie möchten einen Beitrag zur Bündelung Ihrer Interessen gegenüber dem Parlament und der Bundesregierung leisten, um in noch stärkerem Maße als bisher, die Entscheidungsprozesse auf dem Gebiet der Forschung, Entwicklung und des Technologietransfers in Deutschland positiv beeinflussen zu können.


Berlin, 02. März 2006



Prof. Dr.-Ing. Hilmar Fuchs
VIU - Verband
Innovativer
Unternehmen e. V.

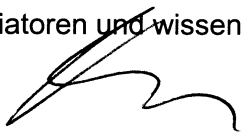


Dr. Bertram Dressel
ADT - Bundesverband
Deutscher Innovations-,
Technologie- und
Gründerzentren e. V.



Prof. Dr. Klaus-Peter Schulze
VITO - Verband der
Innovations- und
Technologieberatungs-
Organisation
Deutschland e. V.

Initiatoren und wissenschaftliche Begleitung:



Prof. Dr.-Ing. Dietrich Reiblich
Innovationspark Wuhlheide
Managementgesellschaft GmbH



Dr. Herbert Berteit
Beckmann-Institut für
Kooperationsentwicklung KMU e.V.